

solidar



WILLI-EICHLER-
AKADEMIE e.V.

Nationalismus ausbremsen!

Eine Argumentationshilfe von SOLIDAR

gegen rechte Anti-EU-Propaganda

Die bevorstehenden Europawahlen im Mai 2019 bestimmen die Zukunft der Europäischen Union. Die EU ist ein ehrgeiziges, aufregendes und oft umstrittenes Projekt. Vor dem Hintergrund einer allgemeinen Frustration, dass die EU in Bezug auf die soziale Dimension nicht weiterkommt und zu oft europäische Lösungen nicht gefunden werden, versuchen autoritäre Nationalisten und Populisten, die verbale Oberhand im Wahlkampf zu gewinnen.

SOLIDAR ist überzeugt, dass wir mit Argumenten auf ihre Behauptungen antworten müssen, um gegen *fake news* und rechte Propaganda zu bestehen. Deshalb stellen wir hier das erste Handbuch mit Gegenargumenten vor, das „Munition“ für den Wahlkampf enthält und dazu beiträgt, rechtsgerichtete populistische Argumente zu entkräften.

Dazu haben wir 9 Fragen ausgewählt:

1. Hat die EU einen Mehrwert in unserem täglichen Leben?
2. Fördert die EU nachhaltige Entwicklung und Arbeitsplätze?
3. Würde mehr europäische Sozialpolitik uns allen helfen?
4. Ist das Schließen von Grenzen eine Lösung, um Migration einzudämmen?
5. Beeinträchtigt die Hilfe zur Integration von Migranten unser nationales Sozialsystem?
6. Warum brauchen wir den EU-Haushalt, um in Bildung zu investieren?
7. Geben die EU und ihre Mitgliedstaaten wirklich zu viel Geld an arme Länder?
8. Warum hilft die EU nicht wirksamer gegen Korruption und Steuervermeidung?
9. Wenn wir der EU mehr finanzielle Autonomie geben würden, hätten wir dann weniger Geld für nationale Zwecke, beispielsweise für Investitionen in soziale und öffentliche Dienstleistungen?

1. Hat die EU einen Mehrwert in unserem täglichen Leben?

Viele Menschen bezweifeln den Mehrwert der EU und fragen sich, ob sie mehr einen Kostenfaktor oder eine Investition darstellt. Nationalisten befeuern die Vorstellung, dass die EU ein absurdes Konstrukt ist, das sich vom Alltag der Menschen gelöst hat und unkontrollierbar über unser Leben regiert. Die EU ist jedoch ein Mehrwert – die Mitgliedstaaten hätten in vielen Bereichen nicht die gleichen Ergebnisse erzielen können, ohne der EU anzugehören.

Einige Beispiele sind:

- die Bewegungsfreiheit innerhalb der EU. Menschen können sich jeden Tag frei bewegen, um zu studieren, zu arbeiten oder einfach nur zu reisen. Grenzposten gehören der Vergangenheit an!
- das Programm Erasmus + [1], das 4 Millionen Studenten, Lehrern und Arbeitnehmern ermöglicht, zwischen 2014 und 2020 an Lernerfahrungen im Ausland teilzunehmen und Projekte der Zivilgesellschaft im Bereich allgemeine und berufliche Bildung für Jugendliche zu finanzieren.
- der Europäische Sozialfonds [2], der die soziale Eingliederung und die Qualifizierung von Arbeitsplätzen unterstützt und Mittel der reicheren Mitgliedstaaten in Höhe von 43 Milliarden EUR an diejenigen mit weniger Ressourcen fließen lassen. Auch Deutschland profitiert sehr davon!
- Das Jugendgarantie-System [3] hat seit 2014 für mehr als 3,5 Millionen Jugendliche jedes Jahr eine Beschäftigung, eine Weiterbildung, ein Praktikum oder eine Lehre geschaffen.
- der EU-Solidaritätsfonds [4], der 24 Mitgliedstaaten und ihren Bürgern, die Opfer von Naturkatastrophen wie Feuer, Überschwemmungen oder Erdbeben wurden, 5 Milliarden EUR überwieh. Ohne die Ressourcen aller Mitgliedstaaten zu bündeln, hätte der Wiederaufbau von Straßen, Schulen und Häusern für die Opfer mehr Zeit in Anspruch genommen und der Tribut für die örtliche Bevölkerung wäre ungleich schwerer gewesen.
- der Binnenmarkt [5] insgesamt, wodurch jedes Jahr 233 Milliarden EUR zusätzlich erwirtschaftet und 2,77 Millionen Arbeitsplätze geschaffen wurden, um sicherzustellen, dass die in Europa zirkulierenden Produkte und Waren den höchsten Standards der Welt hinsichtlich Qualität, Sicherheit und Umwelt entsprechen. Wie geschieht das? Über in nationales Recht eingebaute gemeinsame Richtlinien werden abgestimmte Regeln durchgesetzt, Möglichkeiten und Rechte in allen Mitgliedstaaten gleichmäßig geboten.
- Die Charta der Grundrechte [6] gewährleistet, dass alle Europäer Anspruch auf Grundrechte haben und ein weiteres Schutzniveau schaffen. Es hat lange gedauert, aber nun sehen wir endlich auch positive Entwicklungen im Bereich des Sozialschutzes. Ein wichtiges Beispiel ist die Proklamation der Europäischen Säule sozialer Rechte [7] im November 2017 in Göteborg, die den Weg für die Einführung eines sozialen Schutzes für jeden Arbeitnehmer ermöglichte, einschließlich derer, die nicht den üblichen Beschäftigungsformen angehören - beispielsweise Leiharbeit – und so sicherstellen, dass jeder Arbeitnehmer in Europa gleich behandelt wird.

2. Fördert die EU nachhaltige Entwicklung und Arbeitsplätze?

Ja, definitiv, aber nicht genug!

Die EU fördert nachdrücklich die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine nachhaltige Entwicklung. Tatsächlich ist dies eine ihrer Hauptaufgaben: 50% der EU-Gelder [8] werden für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum sowie für die Unterstützung ärmerer Regionen Europas aufgewendet. Ein weiterer großer Teil wird in Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Umweltschutz investiert.

Entgegen nationalistischer Behauptungen nimmt Brüssel kein Geld auf, ohne es den Mitgliedstaaten zurückzugeben. 94% der EU-Gelder werden wieder in die Mitgliedstaaten investiert, und nur 6% werden für die EU-Verwaltung verwendet, was im Vergleich zu den nationalen Verwaltungen

lächerlich gering ist. Insbesondere Länder, die in ihrer Entwicklung verlangsamt sind, haben von der EU-Mitgliedschaft profitiert. Von den insgesamt 28 Mitgliedstaaten erhalten 19 Mitgliedstaaten tatsächlich mehr Geld, als sie in den EU-Haushalt einzahlen. Die anderen 9 sind die reichsten, die mehr Geld überweisen können als das, was sie erhalten, weil die EU mit einem Umverteilungsprinzip der Solidarität zum Wohl der Menschen beiträgt.

Im Hinblick auf die Konvergenz unterstützt die EU die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere durch die Kohäsionspolitik. Durch diese Politik wird Geld aus dem EU-Haushalt umverteilt, um ärmere Regionen dabei zu unterstützen, zu den reichsten aufzuschließen. In den Jahren 2007 bis 2012 hat die EU weitere 600 000 Arbeitsplätze geschaffen, davon mindestens ein Drittel in kleinen und mittleren Unternehmen. Im Rahmen der Kohäsionspolitik wurden von der EU 25 000 km Straßen und 1 800 km Schiene gebaut oder modernisiert, um zum Aufbau eines effizienten transeuropäischen Verkehrsnetzes beizutragen.

Ein bloßes Wirtschaftswachstum genügt jedoch nicht und behindert unsere natürlichen Ressourcen. Aus diesem Grund machen SOLIDAR mit seinen Mitgliedern und Partnern die EU dafür verantwortlich, dass sie ihre wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig, sozial und ökologisch gestalten. Dies bedeutet, dass die Europäischen Fonds auf soziale Eingliederung ausgerichtet sind, um niemanden zurückzulassen, und eine kohlenstoffarme Wirtschaft, um unsere Gesundheit und Natur zu schützen.

3. Würde mehr europäische Sozialpolitik uns allen helfen?

Europa muss eine Wende machen – eine soziale Wende –, um das Vertrauen seiner Bürger zurückzugewinnen. Unser Reichtum wird nicht von selbst allen zugutekommen, daher müssen wir sicherstellen, dass alle vom Wirtschaftswachstum und dem europäischen Projekt profitieren. Im Moment ist es jedoch so, dass die Ärmsten und Schwächsten gegeneinander ausgespielt werden.

Die aktive Bekämpfung der Ungleichheit innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten ist der einzige Weg, um an die Wurzel des Problems zu kommen, den Nationalismus zu überwinden und auf eine gemeinsame europäische Zukunft hinzuarbeiten. Die Zahl von 118 Millionen Menschen (23,5% der Bevölkerung), die in der im weltweiten Vergleich so reichen EU in Armut leben oder von sozialer Ausgrenzung bedroht sind [9], ist schrecklich.

Die wahren Ursachen der Ungleichheit können nicht nur auf nationaler Ebene bekämpft werden. Deshalb brauchen wir die EU, denn wir müssen Kräfte bündeln und dies zu unserer Priorität machen. Durch prekäre Arbeitsbedingungen haben zu viele Menschen Ausgrenzung und Benachteiligung erfahren. Eine Lösung sind verlässliche Arbeitsrechtsstandards für alle, unabhängig davon, ob sie in Italien, Bulgarien oder den Niederlanden arbeiten.

Die EU verfügt für den Zeitraum 2014-2020 über ein Budget von 150 Millionen EUR, das entlassenen Arbeitnehmern, die von der Globalisierung betroffen sind, hilft [10]. Ein weiteres Programm ist die europäische Richtlinie für entsandte Arbeitnehmer, die klare und verbindliche Regeln für die Gleichberechtigung von 2 Millionen Menschen vorsieht, die ihre Arbeit vorübergehend in einem anderen EU-Mitgliedstaat als dem Staat ausüben, in dem sie normalerweise arbeiten [11].

Alle diese Bemühungen sind wichtig, aber wir brauchen eine umfassendere Strategie. Nur mit einer starken sozialen Agenda, die in einem Gesamtplan für die Zukunft Europas enthalten ist, werden jahrelange Sparmaßnahmen und falsche Prioritäten wettgemacht, die Wut und Enttäuschung nach sich gezogen haben. Die europäische Säule sozialer Rechte, die sich auf Chancengleichheit beim Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen und sozialen Schutz konzentriert, ist ein guter Ausgangspunkt und muss dringend umgesetzt werden.

Durch Ihre Teilnahme an den Europawahlen treffen Sie die Wahl, ob diese europäische Sozialagenda umgesetzt werden soll: Armut reduzieren, Lebensstandard erhöhen, auf bessere Arbeitsbedingungen hinarbeiten und sozialen Schutz für alle gewährleisten.

4. Ist das Schließen von Grenzen eine Lösung, um Migration einzudämmen?

Nationalistische rechtsextreme Parteien stellen Migranten als Bedrohung für unsere Gesellschaft dar. Sie behaupten, das Schließen der Grenzen sei eine Lösung, die einzige, um zu verhindern, dass Migranten Europa erreichen. Das ist nicht die Wahrheit: Ein humanitäres Problem braucht eine humanitäre Lösung. Das Schließen von Grenzen ist ein Verbrechen, für das die EU verantwortlich wäre. Und es hätte nur eine Konsequenz: Menschen zu töten, die vor Kriegen, Verfolgung, Klimakatastrophen, Armut fliehen. Tatsächlich zeigen die Zahlen der Internationalen Organisation für Migration (IOM), dass die Zahl der Todesfälle im Mittelmeer 2018 bereits 1260 betrug. [12]

Es ist vor allem den NGOs zu verdanken, die auf See tätig sind und die Solidarität zur Rettung von Menschenleben zeigen, dass diese Zahl nicht noch höher ist.

Migranten sind keine Bedrohung, und die meisten Menschen, die nach Europa kommen, haben das Recht, internationalen Schutz zu suchen (Asylbewerber und Geflüchtete). Tatsächlich betrug die Zahl der Anträge auf internationalen Schutz 2018 im Oktober 136.665 [L1] [13].

Weitaus weniger Asylbewerber werden unrechtmäßig als schutzwürdig eingestuft, als rechtmäßig Asylsuchende fälschlich zurückgewiesen.

Der Schutz dieser Menschen ist gemäß der ratifizierten Europäischen Verträge und internationalen Übereinkommen für alle europäischen Mitgliedstaaten verpflichtend.

Es ist auch ein moralischer Impetus, wenn wir unsere eigene Migrationsgeschichte in, aus und nach Europa betrachten. Insbesondere können wir unsere Grenzen nicht willkürlich schließen oder Migranten ablehnen, ohne ihren internationalen Schutz nach der Flüchtlingskonvention von 1951 sowie dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der EU-Charta der Grundrechte geklärt zu haben.

Migration ist aufgrund globaler Ungleichheiten ein strukturelles Merkmal unserer Zeit – einschließlich der Folgen von Kriegen, Klimawandel und demografischen Trends.

Armut und mangelnde menschenwürdige Arbeit sind treibende Kräfte der internationalen Migration. Daher können die Ursachen der Migration nur durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Armut in den Herkunftsländern der Migranten mit geeigneten Entwicklungs- und Kooperationsmitteln bekämpft werden.

5. Beeinträchtigt die Hilfe zur Integration von Migranten unser nationales Sozialsystem?

Die für die Integration von Migranten und Flüchtlingen bereitgestellten Ressourcen sind soziale Investitionen und daher eine Investition in eine sicherere, gerechtere Gesellschaft für alle. Die Rechtsextremen schüren Hass und Groll durch eine Neiddebatte unter den Schwächsten unserer Gesellschaft.

Migranten zahlen, wenn sie gut in den Arbeitsmarkt integriert sind, Steuern, die zum allgemeinen öffentlichen Haushalt beitragen, von dem wir alle profitieren. Die Daten der International Labour Organization (ILO) zeigen, dass Neueinwanderer zum wirtschaftlichen Erfolg ihrer Gastländer

beitragen. Gleichzeitig genießen Migranten oft nur einen geringen sozialen Schutz, sind auf dem Arbeitsmarkt Ungleichheiten ausgesetzt und anfällig für Ausbeutung und Menschenhandel [14]. Außerdem haben undokumentierte Migranten nur das Recht auf medizinische Notfallversorgung, und nur anerkannte Geflüchtete haben Anspruch auf Sozialschutz.

Migranten tragen dazu bei, demografische Trends auszugleichen und unterstützen somit die Nachhaltigkeit des Sozialsystems. Unbegleitete Minderjährige stellen einen großen Teil der Bevölkerung dar, die Europa erreicht. UNICEF berichtet, dass im Jahr 2016 92% der Minderjährigen, die Italien auf dem Seeweg erreichten, alleine reisten. Wir müssen in den Zugang zu Bildung, den Arbeitsmarkt sowie in die internationale Anerkennung von Diplomen und Qualifikationen investieren, um diesen jungen Menschen eine langfristige Perspektive zu bieten, die auch unserer Gesellschaft wieder zugutekommen wird.

6. Warum brauchen wir den EU-Haushalt, um in Bildung zu investieren?

Der jüngste Kampf gegen zivilgesellschaftliche und Bildungsorganisationen durch die rechtsextreme ungarische Regierung zeigt den wachsenden Trend einer nationalen Politik gegen Initiativen zur Förderung der partizipativen Demokratie. Bei einem Studienbesuch von SOLIDAR in Ungarn [15] bei Projekten für Bildung und lebenslanges Lernen äußerten lokale NGOs wachsende Bedenken hinsichtlich fehlender öffentlicher Investitionen für nicht-formale Bildung, einschließlich Berufsausbildung und Freiwilligenprogramme.

Trotz der Kritik einiger nationaler Regierungen an europäischen Programmen der nicht-formalen Bildung hat die Europäische Union weiterhin Projekte unterstützt, die auf die Förderung von Demokratiefähigkeit abzielen.

Im Gegensatz zu rechtsextremen Diskursen, wonach formale Bildung das einzige für den Arbeitsmarkt notwendige Instrument ist, hat die Europäische Union anerkannt, dass nicht-formales Lernen die innere Motivation der Lernenden, die freiwillige Weiterbildung und das für demokratische Partizipation erforderliche kritische Denken erhöht. Diese Demokratiefähigkeit ist auch eine Voraussetzung für erfolgreiche Wahlen zum Europäischen Parlament.

Darüber hinaus hat die EU:

Förderung der inklusiven Bildung durch berufliche Aus- und Weiterbildung mit rund 650.000 Schülern, die im Rahmen des Erasmus + -Programms [16] teilnehmen, welches 125.000 Schulen, Berufsbildungs- und Berufsbildungseinrichtungen, Hoch- und Erwachsenenbildungseinrichtungen, Jugendorganisationen und Unternehmen mit einem Budget von 14,7 Milliarden EUR strategische Partnerschaften bietet.

Unterstützung von Organisationen der Zivilgesellschaft, um Projekte wie *YourVoteMatters* zu entwickeln! Eine digitale Plattform zur Erreichung einer großen Zahl von entpolitisierten und marginalisierten Jugendlichen, ist entscheidend für eine demokratischere Beteiligung an Wahlen [17].

Die Förderung der EU-Finanzierung und der verbesserte Zugang zu nicht-formaler Bildung in den meisten Mitgliedstaaten wird ein erheblicher Rückschlag der rechten Agenda der Sparpolitik und Privatisierung sein. Dem Beispiel fortschrittlicher Regierungen, wie der Portugals mit starken öffentlichen Investitionen, sollte gefolgt werden und als Fahrplan zur Schaffung eines sozialen Europas dienen.

7. Geben die EU und ihre Mitgliedstaaten wirklich zu viel Geld an arme Länder?

In Bezug auf die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) sind die EU und ihre Mitgliedstaaten tatsächlich der weltweit größte Geber. Die Entwicklungszusammenarbeit der EU trägt wesentlich zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt bei.

Zum Beispiel 2013-2017:

- 12 Millionen Frauen im gebärfähigen Alter und Kinder unter fünf Jahren profitierten von ernährungsbezogenen europäischen Programmen;
- 50 Millionen Kinder waren zusätzlich in der Grundschule eingeschrieben;
- 20 Millionen Geburten weltweit wurden dank europäischer Programme von qualifiziertem Gesundheitspersonal begleitet, um die Müttersterblichkeit zu senken.
- 60 Millionen Frauen wurden mit europäischen Projekten dabei unterstützt, Verhütungsmethoden anzuwenden.

Diese Tatsachen werden oft von Nationalisten benutzt, um zu argumentieren, dass Europa zu viel Geld für die Unterstützung der armen Länder ausgibt und dass das Geld stattdessen zur Verbesserung des eigenen Lebens verwendet werden sollte.

Ist Europa dennoch wirklich so großzügig? Um diese Frage zu beantworten, sollten wir uns zunächst daran erinnern, dass, selbst wenn sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet haben, 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe bereitzustellen, 2017 nur vier von ihnen dieses Ziel erreichten (Dänemark, Luxemburg, Schweden und das Vereinigte Königreich).

In der EU werden zwar 10% des Kommissionshaushalts für Entwicklungsländer bereitgestellt, doch macht dies pro EU-Einwohner nur 5 Cent pro Jahr aus [18]. Zweitens drängen nationalistische Interessen die EU dazu, die Kontrolle der Migration als Hauptziel der Entwicklungszusammenarbeit weit über das Ziel der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, der Beseitigung der Armut und der Verringerung von Ungleichheiten zu stellen - und dazu Entwicklungshilfe zu verwenden.

Während die EU-Entwicklungszusammenarbeit einige gute Ergebnisse vorweisen kann, werden ihre Auswirkungen durch Praktiken von multinationalen Unternehmen (einschließlich europäischer) geschwächt, die zwar in Entwicklungsländern investieren, ihre gerechten Steuern jedoch nicht zahlen und zu oft gegen die Menschenrechte verstoßen. Nach vorsichtigen Schätzungen kostet die Vermeidung von Unternehmenssteuern die Entwicklungsländer zwischen 60 und 100 Mrd. EUR pro Jahr.

Was am Ende mit einer Hand gegeben wird, wird mit der anderen genommen. Steuerhinterziehung und Steuerflucht schränken nämlich die Fähigkeit der Länder ein, das Leben ihrer Bürger zu verbessern: Jeder Euro, der an Steueroasen verloren ging, ist ein Euro, der in öffentliche Dienstleistungen investiert werden könnte - um Ärzte und Lehrer zu bezahlen, Impfungen zu finanzieren, in Schulen zu investieren. Nur gemeinsam und mit einer europäischen Verordnung können wir diese Probleme effizient angehen und sicherstellen, dass die europäische Entwicklungs- und Kooperationshilfe zur Verbesserung des Lebens der Menschen in der Welt beiträgt.

8. Warum hilft die EU nicht wirksamer gegen Korruption und Steuervermeidung?

Nationalisten und rechtsradikale Parteien fordern die Rückkehr zu nationalen Maßnahmen zur Durchsetzung geltender Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Steuervermeidung und Korruption.

Die Europäische Kommission schätzt die jährlichen Einnahmeverluste aus Steuervermeidung und Steuerhinterziehung auf 1 Billion Euro [19], während nach Schätzungen des Europäischen Parlaments die Korruption die EU jedes Jahr mit bis zu 990 Milliarden EUR belastet, was zu größeren wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Mitgliedern führt. In den Mitgliedstaaten gibt es ein hohes Maß an organisierter Kriminalität und verstärktes Misstrauen der Öffentlichkeit gegenüber den nationalen Behörden und Regierungen. Da Steuervermeidung und Korruption grenzüberschreitend sind und alle Mitgliedstaaten betreffen, die zur Europäischen Union gehören, bedeutet dies:

- Die Mitgliedstaaten und ihre Steuerbehörden können durch die internationale und europäische grenzübergreifende Zusammenarbeit und den automatischen Informationsaustausch einen umfassenderen Beitrag zur Bekämpfung von Steuervermeidung und Korruption leisten.
- Mitgliedstaaten, die zusammenarbeiten, können die Festlegung und Umsetzung rechtlich bindender Maßnahmen zur Einhaltung der europäischen Standards unterstützen und damit den Rückgang der Steuereinnahmen zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen im Einklang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung [20] einschränken. Dies wird zu einer Erhöhung der öffentlichen Einnahmen beitragen und damit zur Beseitigung der Armut.
- Um Korruption zu bekämpfen und gleichzeitig für mehr Transparenz und Informationsaustausch zu sorgen, müssen die Mitgliedstaaten sich auf europäischer und internationaler Ebene zusammenschließen und die Bemühungen der Europäischen Kommission nicht wie in diesem Jahr untergraben.

9. Wenn wir der EU mehr finanzielle Autonomie geben würden, hätten wir dann weniger Geld für nationale Zwecke, beispielsweise für öffentliche Dienstleistungen?

Oft hört man: Wenn die EU mehr Mittel für ihr Budget bekommt, bedeutet dies, dass weniger Geld für nationale Haushalte zur Verfügung gestellt wird, welche zum großen Teil für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und die Finanzierung von Systemen der sozialen Sicherheit verwendet werden.

In Wirklichkeit: Die politische Erfahrung zeigt, dass sozialer Ausgleich nicht nur innerhalb eines Staates erreicht werden kann. Das Einkommen der Haushalte in der EU hängt in der Regel immer mehr von europäischen Faktoren ab.

Jede Entscheidung über die EU-Finanzierung erfordert jedoch ein einstimmiges Votum der EU-Mitgliedsstaaten und ihre anschließende Ratifizierung durch nationale Gremien.

Durch die Bündelung von Ressourcen zur Schaffung einer echten sozialen Dimension in der EU und damit zur Förderung von Sozialinvestitionen kann die EU Ungleichheiten nicht nur innerhalb, sondern auch zwischen den Mitgliedstaaten zu bekämpfen. [21]

Das EU-Budget macht nur 1% der EU-Gesamteinkommen und nur etwa 2% der öffentlichen Ausgaben der EU aus und ist im aktuellen EU-Haushalt für 2014-2020 enthalten [22]. So zahlte der durchschnittliche Unionsbürger 2013 im Jahr 283 Euro für den EU-Haushalt. Dies ist weniger als ein Euro pro Tag - angesichts der Vorteile, die die EU ihren Bürgern bringt, nicht sehr teuer.

Der EU-Haushalt ist eine Investition, die sich, wenn sie gut verwaltet wird, für eine verlässliche Zukunft Europas und seiner Bürgerinnen und Bürger auszahlt. Die EU benötigt ihre eigenen Steuern, um makroökonomische Schocks zu bewältigen und die Stabilität der Mitgliedstaaten in Bezug auf globale Wirtschafts- und Finanzkrisen wie die 2008 zu verbessern.

Wir brauchen ein ergänzendes europäisches Arbeitslosengeld, mit dem zukünftige Krisen vorweggenommen werden können und vermieden werden kann, dass öffentliche Haushalte zur Rettung privater Finanzinstitute und der Überwindung von Defiziten in zu vielen Ländern dienen.

Am Ende bedarf es einer radikalen politischen Wende für eine sozialere, inklusivere und schützende Europäische Union.

Dies wollen wir durch unsere tägliche Arbeit und durch unser Engagement in der Europawahlkampagne "Diesmal wähle ich" unterstützen – hoffentlich zugunsten des Europas, das wir wollen und für das wir im nächsten Europäischen Parlament und in Europa progressive Mehrheiten brauchen – und nicht für mehr Feinde Europas, unserer Demokratien und unserer Werte!

[1] http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/node_en

[2] <http://ec.europa.eu/esf/home.jsp?langId=en>

[3] <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1079>

[4] http://ec.europa.eu/regional_policy/en/policy/what/glossary/e/eu-solidarity-fund

[5] https://ec.europa.eu/growth/single-market_en

[6] http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_en.pdf

[7] <https://ec.europa.eu/commission/priorities/deeper-and-fairer-economic-and-monetary-union/european-pillar-social->

[rights_en](https://ec.europa.eu/commission/priorities/deeper-and-fairer-economic-and-monetary-union/european-pillar-social-rights_en) and <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1226&langId=en>

[8] [https://europa.eu/european-](https://europa.eu/european-union/topics/budget_en)

[union/topics/budget_en](https://europa.eu/european-union/topics/budget_en); http://ec.europa.eu/regional_policy/en/faq/#10; http://ec.europa.eu/budget/explained/myths/myths_en.cfm

[9] [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/People_at_risk_of_poverty_or_social_exclusion)

[explained/index.php/People at risk of poverty or social exclusion](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/People_at_risk_of_poverty_or_social_exclusion)

[10] <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=326&langId=en>

[11] <http://www.consilium.europa.eu/en/policies/labour-mobility/posting-workers/>

[12] <http://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean>

[13] https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_quarterly_report

[14] <https://www.ilo.org/global/standards/subjects-covered-by-international-labour-standards/migrant-workers/lang--en/index.htm>

[15] <http://www.solidar.org/en/news/inside-orbans-crackdown-on-hungarys-civil-society-how-european-values-are-at-the-heart-of-the-budapest-resistance>

[16] http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/about/statistics_en

[17] <https://yourvotematters.eu/en/>

[18] https://ec.europa.eu/europeaid/funding/about-funding-and-procedures/sources-funding_en

[19] https://ec.europa.eu/taxation_customs/fight-against-tax-fraud-tax-evasion/a-huge-problem_en

[20] <https://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/>; <http://www.solidar.org/en/news/achieving-the-sdgs-needs-fair-taxation-ngos-call-on-the-eu-to-endtaxhavens>

[21] <http://www.solidar.org/en/news/the-eu-budget-after-2020>

[22] http://ec.europa.eu/budget/explained/myths/myths_en.cfm